

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(58. - öffentliche - Sitzung am 19. September 2019)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4285](#) neu
- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 18/4410](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung des **Einzelplans 20** - Hochbauten - ab. Er nahm den Entwurf des Einzelplans 20 unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023 zustimmend zur Kenntnis.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Der Ausschuss behandelte ferner die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Kapitel 0612, 0619 und 0604 im **Einzelplan 06** - Ministerium für Wissenschaft und Kultur - unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023. Er nahm dazu die **Einbringung** durch die Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Kultur entgegen und führte darüber eine **Allgemeine Aussprache**. Der Ausschuss schloss die Beratung ab und nahm die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Kapitel des Einzelplans 06 unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023 zustimmend zur Kenntnis.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, AfD

Im Anschluss daran behandelte der Ausschuss das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 0202 Titelgruppe 84 - Migration und Teilhabe - im **Einzelplan 02** - Staatskanzlei - unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023. Er nahm dazu die **Einbringung** durch einen Vertreter der Staatskanzlei entgegen. Eine Aussprache ergab sich nicht. Der Ausschuss schloss die Beratung ab und nahm das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel im Einzelplan 02 unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023 zustimmend zur Kenntnis.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, AfD

2. Unterrichtungswünsche

Der Ausschuss bat die Landesregierung für die Sitzung am 26. September 2019 um eine Fortsetzung der Unterrichtung zu den in der Presse berichteten Vorwürfen gegen einen Jugendhilfeträger in Maramures/Rumänien, sofern dazu gegenüber der Unterrichtung in der 56. Sitzung am 5. September ein neuer Sachstand zu berichten ist.

Ferner bat der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung im Rahmen der Beratung des Haushalts in der Sitzung am 26. September 2019 über die Zusammensetzung und Arbeit der Arbeitsgruppe im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu den Jugendwerkstätten sowie über die beabsichtigte Neuaufstellung der Finanzierung in diesem Bereich.